

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/001(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 03.09.2004	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25. 06. 2004
- 4 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 5 Bestätigung und personelle Besetzung der bestehenden Unterausschüsse
"Gesellschafterverträge", "Hauptsatzung/Geschäftsordnung",
"Widerspruchsbescheide"
- 6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der
Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 30
Vorlage: DS0634/04
BE: Bürgermeister
- 6.2 Strategische Perspektiven des Flugplatzes Magdeburg (Business
Airport Magdeburg)
Vorlage: DS0613/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.3 Bildung der ARGE zur Umsetzung von Hartz IV
Vorlage: DS0617/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 7 Anträge
- 7.1 Städtepartnerschaften
Vorlage: A0086/04
Fraktion Bund für Magdeburg
- 7.1.1 Städtepartnerschaften
Vorlage: S0223/04
BE: Oberbürgermeister
- 7.2 Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen
Vorlage: A0025/04
Kevin Lüddemann
- 7.2.1 Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen
Vorlage: S0181/04
Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

CDU

Stadtrat Jens Ansorge

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Hans-Werner Brüning
Stadtrat Holger Franke
Stadtrat Burkhard Lischka
Stadtrat Rainer Löhr
Stadtrat Sven Meinecke
Stadtrat Gunter Schindehütte
Stadtrat Reinhard Stern
Stadtrat Alfred Westphal
Stadträtin Beate Wübbenhorst
Beratende Mitglieder
Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Oliver Müller
Stadtrat Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die konstituierende Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Oberbürgermeister verweist erläuternd für die neuen Mitglieder im Verwaltungsausschuss darauf, dass aus sitzungsorganisatorischen Gründen die Einladungen an die verantwortlichen Beigeordneten in der Weise erfolgen, dass deren einzelne Tagesordnungspunkte im Block beraten werden können und sich somit eine Veränderung in der Reihenfolge der Tagesordnung ergibt.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wird die Tagesordnung um den

TOP 9.2 DS0650/04 – Verzicht auf Widerruf eines gerichtlichen Vergleichs

erweitert.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der erweiterten Tagesordnung einstimmig zu.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25. 06. 2004

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 25. 06. 2004 wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen bestätigt.

4. Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden wird im Anschluss an die Kenntnisnahme einer Information des Beigeordneten I Herrn Platz hinsichtlich unterschiedlicher Rechtsauffassungen zur Anwendung des Mitwirkungsverbotes bei der Wahl des Stadtratsvorsitzenden in der Sitzung

des Stadtrates am 07. 07. 2004 im nichtöffentlichen Teil unter TOP 12 und nach der Zustimmung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses zur Rechtsauffassung der LH MD durchgeführt.

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses gem. § 54 Abs. 3 Satz 2 offen durchzuführen, wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig mitgetragen.

Als Kandidat steht Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, zur Wahl.

Beschluss-Nr. VW 001-01(IV)04

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wählen mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung Herrn Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses.

5. Bestätigung und personelle Besetzung der bestehenden Unterausschüsse
"Gesellschafterverträge", "Hauptsatzung/Geschäftsordnung",
"Widerspruchsbescheide"
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen die Namensmeldungen der Fraktionen zu den zu besetzenden Gremien gemäß Schreiben des Oberbürgermeisters vom 11. 08. 2004 vor.

Stadtrat Westphal, Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf den auf Initiative des ehemaligen CDU-Stadtrates Nitsche gefassten Beschluss zur Bildung eines Unterausschusses „Hauptsatzung/Geschäftsordnung“ und verweist darauf, dass dieser Beschluss im Verwaltungsausschuss am 03. 03. 2000 gemäß Antrag A0031/00 aufgehoben wurde und somit die Arbeit in Form einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erfolgen sollte.

Er vertritt die Auffassung, dass auf Grund dieser Beschlusslage eine Entsendung von Mitgliedern aus den einzelnen Fraktionen erfolgen kann und wirft die Frage auf, ob hier dann auch Mitglieder benannt werden können, die nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sind. Unstrittig ist, dass die Tätigkeit zur Vorberatung hinsichtlich Widerspruchbescheide weiterhin in einem Unterausschuss beibehalten bleiben sollte.

Hierzu wird durch den Beigeordneten I Herr Platz dargelegt, dass die Frage zur Form der unterstützenden Ausschussarbeit geklärt sein muss. Er verweist darauf, dass die Tätigkeit und Besetzung einer Arbeitsgruppe flexibler gestaltet werden kann, als dies bei einem Unterausschuss der Fall ist.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, sieht die Funktion der Unterausschüsse darin, wichtige Angelegenheiten des Verwaltungsausschusses vorzubereiten und nicht eigene Beschlüsse zu fassen.

Im Ergebnis der umfassenden Diskussion wird die Frage der Bildung und Besetzung von Arbeitsgruppen und Unterausschüssen auf der Grundlage eines entsprechenden Verwaltungsvorschlages bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29. 10. 2004 **vertagt**.

6. Beschlussvorlagen

6.1. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 30 Vorlage: DS0634/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

Erläuternd zur Drucksache führt der Bürgermeister aus, dass hiermit ein Vorschlag unterbreitet wird, die Maßnahme zu untersetzen im Ergebnis von Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt zur Verbesserung der Haushaltssituation der Landeshauptstadt Magdeburg. Im Weiteren geht er auf die gesetzliche Regelung zur Schaffung eines ausgeglichenen Haushaltes innerhalb von 5 Jahren und die erfolgreiche Umsetzung des hierzu aufgestellten Konsolidierungsprogramms in diesem Jahr ein.

In seinen weiteren Ausführungen benennt er aktuelle Ursachen, die der geplanten und vom Landesverwaltungsamt geforderten Haushaltskonsolidierung entgegenstehen. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache, da mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme der Haushalt 2005 genehmigungsfähig gestaltet werden könnte und die ausgewiesene Zielstellung der Forderung des Landesverwaltungsamtes entspricht. Er hält eine diesbezügliche generelle Prüfung des Kommunalvermögens für legitim.

Ergänzend nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf den Änderungsantrag des Finanz- und Grundstücksausschusses, die zur Untersetzung des Maßnahme erforderlichen Einzelmaßnahmen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Er gibt die Zusicherung, diese Einzelmaßnahmen nach Detailberatungen zeitnah im Stadtrat vorzulegen und hält die ausgewiesenen 40 Mio Euro für die Jahre 2005 und 2006 für realistisch.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, sieht zur Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Kommunalvermögen keine Alternative. Er sieht es jedoch für erforderlich an klar darzulegen, mit welchen Maßnahmen sich beschäftigt werden muss und bittet darum zur Wahrung der Grundsätze zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, die in der Drucksache benannten Summen mit konkreten Objekten zu untersetzen, um diese dann diskutieren zu können. Er geht dabei mit Verweis auf entsprechende Beispiele kritisch auf die Situation in der Vergangenheit ein.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass bereits an der Untersetzung mit konkreten Objekten gearbeitet wird. Er bezeichnet die Forderung des Stadtrates Stern zwar als legitim bringt aber seine Auffassung zum Ausdruck, dass erst nach Abschluss der Detaildiskussionen die Objektmaßnahmen öffentlich gemacht werden sollten. Die Kritik des Stadtrates Stern auf angebliche Versäumnisse in der Vergangenheit weist er zurück.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, betrachtet die vorgelegten Drucksache wichtig gegenüber dem Landesverwaltungsamt und als Beschluss zur Zweckbindung von Mitteln zur Tilgung von Schulden, dem man zustimmen sollte. Ebenfalls stimmt er dem Änderungsantrag des Finanz- und Grundstücksausschusses zu. Eine Zustimmung zur Drucksache sollte unter Beachtung dieser Zweckbindung erfolgen.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, zum Vorliegen einer Übersicht über das Gesamtvermögen der Landeshauptstadt Magdeburg informiert der Oberbürgermeister, dass diese Problematik im Laufe der nächsten Jahre geklärt wird.

Ergänzend hierzu führt der Bürgermeister aus, dass die Frage des Vermögens weitestgehend geklärt sei, die konkrete Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände sich jedoch als problematisch darstellt. Hier müssen seitens des Landes die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, sieht hier den Bedarf für eine Grundsatzdiskussion und gibt die Empfehlung, den Stadtrat insbesondere bei Entscheidungen zur Daseinsfürsorge möglichst frühzeitig einzubeziehen. Die erforderlichen Verträge sollten auch den Interessen der Stadt weitgehend Rechnung tragen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0634/04 unter Beachtung des Änderungsantrages des Finanz- und Grundstücksausschusses in seiner Sitzung am 09. 09. 2004 zu beschließen.

6.2. Strategische Perspektiven des Flugplatzes Magdeburg (Business
 Airport Magdeburg)
 Vorlage: DS0613/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

In seinen einführenden Erläuterungen verweist der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta darauf, dass die vorgelegte Drucksache die weitere Verfahrensweise zur Entwicklung der Gesellschaft verdeutlichen soll. Er informiert, dass in Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Ausschreibung von Anteilen der Stadt an der Gesellschaft keine Angebote eingegangen sind und auch seitens der Landesregierung eine Förderung des Flughafens nicht erfolgen wird. Die in der Drucksache

aufgezeigten Varianten zur Zukunft des Flughafens müssen somit unter der Prämisse, dass keine Landesbeteiligung erfolgt, untersetzt werden.

Er bittet darum, der vorgelegten Drucksache im Stadtrat am 09. 09. 2004 zuzustimmen.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister über Gespräche mit der Landesregierung, in denen die Landeshauptstadt Magdeburg zu einer Positionierung bezüglich der Beteiligung am Flughafen Cochstedt aufgefordert wurde. Auf Grund des bis heutige Nichtvorliegens konkreter Fakten des Landes, insbesondere zur Kostenfrage, kann auch keine Positionierung der LH MD erfolgen. Er sieht hier vorrangig das Land in der Pflicht. Im Weiteren führt er aus, dass er auch einem Ausbau des Flughafens Magdeburg ausschließlich mit städtischen Haushaltsmitteln nicht zustimmen wird. Wenn der Stadtrat die vorgelegte Drucksache beschließt, werden Überlegungen zur weiteren Verfahrensweise angestellt.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass der Flughafen, wenn er nicht so entwickelt werden kann wie geplant, bezüglich einer weiteren strategischen Ausrichtung zur Disposition steht und diese Überlegungen Bestandteil der Haushaltskonsolidierung sein müssen. Es muss über entsprechende Einsparungsmöglichkeiten diskutiert werden und diese müssen im Stadtrat zur Beschlussfassung kommen. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine Durchsetzung dieses Vorschlages eine klare Entscheidung des Stadtrates bezüglich einer Beteiligung an Cochstedt bedeutet. Dieser Beschluss muss zuerst gefasst werden.

Stadtrat Dr. Kutschmann, BfM/Tierschutz, äußert seine Auffassung, dass für die Landeshauptstadt Magdeburg ein Flugplatz mit Linienbetrieb für kleine Maschinen unbedingt erforderlich sei. Da die Situation in Magdeburg und in Cochstedt nicht optimal ist, sollte an einer pragmatischen Lösung gemäß Variante 4 der Drucksache gearbeitet werden.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, gibt die Empfehlung bei den Überlegungen zur weiteren Verfahrensweise die Standorte Cochstedt und Leipzig mit einzubeziehen. Er unterbreitet den Vorschlag eine 5. Variante – Umfunktionierung zum Gewerbegebiet und Ausbau des Flugplatzes Cochstedt – zu betrachten und begründet dies damit, dass bei einem Ausbau des Flugplatzes Cochstedt der Flugplatz Magdeburg nicht mehr erforderlich sei.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Abwägung der Gegebenheiten und die Zustimmung zur Drucksache aus.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Zustimmung zur Drucksache aus, möchte hierzu jedoch die in den vorgeschlagenen Varianten enthaltenen möglichen Risiken aufgezeigt bekommen. Grundsätzlich unterstreicht er die Position des Stadtrates Dr. Kutschmann.

Bezugnehmend auf den Vorschlag von Stadtrat Westphal erläutert der Oberbürgermeister, dass diese Variante nicht aufgenommen wurde, da sie nicht der Beschlusslage des Stadtrates entspricht. Er unterstreicht noch einmal die insgesamt schwierige Gemengelage und versichert, dass die Verwaltung auf der Grundlage der dargelegten Varianten dem Stadtrat einen fundierten Entscheidungsvorschlag vorlegen wird.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, hinterfragt eine Ausschreibung zur Herstellung einer Betriebsstraße zum Flugplatz und die Verwendung von Mitteln der Flughafen GmbH hierfür.

Da dem Oberbürgermeister hierzu keine Informationen vorliegen, bittet Stadtrat Brüning um eine Prüfung des Sachverhaltes. Der Oberbürgermeister sichert eine diesbezügliche Prüfung des Sachverhaltes durch den Beigeordneten III Herrn Dr. Puchta und eine entsprechende Information zu.

Im Weiteren unterbreitet Stadtrat Brüning den Vorschlag, mit den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einen Lokaltermin mit der Flughafen GmbH zu vereinbaren.

Dieser Vorschlag wird von Stadtrat Kutschmann, BfM/Tierschutz, dahingehend erweitert, ebenfalls eine Besichtigung des Flugplatzes Cochstedt vorzunehmen.

Zu beiden Vorschlägen erfolgt keine Positionierung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0613/04 in seiner Sitzung am 09. 09. 2004 zu beschließen.

6.3. Bildung der ARGE zur Umsetzung von Hartz IV Vorlage: DS0617/04

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen die Beigeordnete für Gesundheit, Jugend und Soziales (Bg V) Frau Bröcker sowie die amt. Amtsleiterin des Sozial- und Wohnungsamtes Frau Borris teil.

In ihren einführenden Erläuterungen geht die Beigeordnete V Frau Bröcker auf die Bildung der ARGE in der Rechtsform einer GmbH ein. Insbesondere informiert sie hierzu, dass seitens der Kommunalaufsicht dieser Gründung im Hinblick auf die diesbezügliche Experimentierklausel zugestimmt wurde und der entsprechende Erlass hierfür durch das Land am 15. 09. 2004 ergehen wird.

Ergänzend hierzu werden durch Frau Borris inhaltliche Erläuterungen

- zum Aufbau der ARGE
- zur Finanzierung
- zur Aufgabenübertragung an die ARGE
- zum Stand der Vorbereitungen sowie
- zur Zuführung von Mitarbeitern an die ARGE

gegeben.

Hinsichtlich steuerrechtlicher Fragen informiert die Beigeordnete V über ein Gespräch hierzu mit der Agentur für Arbeit und deren Aussage, dass mit der Änderung des Sozialgesetzbuches die

steuerliche Rechtssicherheit gegeben ist. Hierzu ist seitens des Landes eine Prüfung in Arbeit und ggf. wird ein entsprechender Erlass erfolgen.

Der Oberbürgermeister legt die Strategie der Stadt dahingehend dar, dass alles Handeln die Absicherung des Termins 01. 01. 2005 für die Zahlung des ALG II zum Ziel hat. Die Klärung steuerrechtlicher und anderer Fragen sind diesbezüglich nachrangig.

In der anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, Bezug auf die in den Medien dargestellte unzureichende Situation zum Rücklauf der ausgereichten Anträge.

In Beantwortung der Nachfrage informiert die Beigeordnete V, dass dieser Rücklauf in der Stadt Magdeburg zwar über dem Bundesdurchschnitt liege, jedoch auch hier nicht zufriedenstellend sei. Deshalb sei vorgesehen, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren.

Zur Nachfrage von Stadtrat Dr. Kutschmann, BfM/Tierschutz, hinsichtlich Unterstützungen bei der Antragsstellung verweist die Beigeordnete V auf die Einbeziehung von entsprechenden Beratungsstellen, welche im Bedarfsfall auch Einzelberatungen leisten. Seitens der Agentur für Arbeit und des Sozialamtes werden ebenfalls Hilfestellungen gegeben.

Die Nachfragen der Stadträte Lischka, SPD-Fraktion, und Stern, CDU-Fraktion, werden von Frau Borris bzw. der Beigeordneten V Frau Bröcker beantwortet.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, verweist auf die Verantwortung der Agentur für Arbeit sowie des Sozialamtes, einen reibungslosen Rücklauf der Anträge zu organisieren, da in beiden Einrichtungen die betroffenen Langzeitarbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger bekannt sein müssen.

Hierzu legt der Oberbürgermeister dar, dass nach der Versendung der Antragsformulare keine Aufforderung an Einzelne zu Antragsabgabe erfolgen kann. Bei der weiteren Betreibung der Öffentlichkeitsarbeit ist eindringlich darzustellen, dass bei Verzögerung bzw. bei Nichtabgabe der Anträge am 01. 01. 2005 keine Leistungen ausbezahlt werden und der Antragsteller hier in der Pflicht steht.

In seinen weiteren Ausführungen geht der Oberbürgermeister auf die vorliegenden Änderungsanträge zur Drucksache ein.

Zum 1. Änderungsantrag des Finanz- und Grundstücksausschusses verweist er darauf, dass eine GmbH-Gründung nicht unter Vorbehalt erfolgen kann. Bis zur Bildung der Gesellschaft sind die steuerrechtlichen Fragen zu klären.

Ergänzend hierzu wird durch Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, ausgeführt, dass die Bildung einer GmbH noch zu keinen steuerlichen Verpflichtungen führt, sondern erst deren Arbeit.

Bezugnehmend auf den 2. Änderungsantrag des Gesundheits- und Sozialausschusses und des 4. Änderungsantrages des RWB (textlich identisch) hinsichtlich der Weisungsbefugnis des Oberbürgermeisters gegenüber Gesellschaftervertretern verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dieses Weisungsrecht in der Beauftragung der Vertreter begründet ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0617/04 unter Beachtung der vorliegenden Änderungsantrag in seiner Sitzung am 09. 09. 2004 zu beschließen.

7. Anträge

7.1. Städtepartnerschaften Vorlage: A0086/04

Einführend legt der Oberbürgermeister dar, dass versucht werden sollte, wie in der Stellungnahme dargelegt, die über die Wahrung hoheitlicher städtischer Aufgaben in Verantwortung des Oberbürgermeisters hinausgehenden Aktivitäten im Zusammenhang mit städtepartnerschaftlichen Beziehungen an einen entsprechenden Verein zu übertragen. Bei einer Zustimmung zum vorgelegten Vorschlag wird die Suche nach möglichen Partnern aufgenommen.

In der sich anschließenden Diskussion spricht sich Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, für die Beibehaltung der städtepartnerschaftlichen Aufgabenbearbeitung im Amt 13 aus und informiert, dass nach Beratung im Ausschuss für Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten die einstimmige Empfehlung gegeben wurde, den Antrag abzulehnen. Er spricht sich gegen eine Privatisierung diesbezüglicher Aufgaben aus und begründet dies damit, dass mit einer Herauslösung des Aufgabenfeldes aus dem Amt 13 inhaltlich nichts gewonnen wird, da diese in der Stellungnahme dargestellten Aufgaben von keinem Dritten wahrgenommen werden können.

Diese Position wird durch Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, unterstrichen.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass mit dem Deutsch-amerikanischen Dialogzentrum bereits ein Verein existiert, der bereits gute Arbeit geleistet hat und sieht es als problematisch an, jetzt für alle anderen städtepartnerschaftlichen Aufgaben einen weiteren Verein zu beauftragen. Er regt an darüber nachzudenken, ob seitens des Dialogzentrums die Angebotspalette erweitert werden kann.

Hierzu wird von Stadtrat Westphal, Bü 90/Die Grünen, daran erinnert, dass der ursprüngliche Gründungszweck des Deutsch-amerikanischen Dialogzentrums nicht die städtepartnerschaftliche Aufgabenwahrnehmung war.

Im Weiteren sieht er die Pflege von Städtepartnerschaften durch eine privaten Betreiber als nicht machbar an und unterstützt den Vorschlag des Oberbürgermeisters bzgl. einer über den genannten Rahmen hinausgehenden Aufgabenübertragung an einen Verein. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Stadt dann Mitglied in diesem Verein sein sollte und darauf, dass aus dieser Vereinsarbeit auch Kosten entstehen werden.

Zusammenfassend zieht der Oberbürgermeister das Fazit, dass sich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses im Sinne der vorliegenden Stellungnahme gegen eine Privatisierung des Aufgabengebietes Städtepartnerschaften aussprechen und die Aufnahme von Gesprächen mit geeigneten Vereinen als Partner für städtepartnerschaftliche Aktivitäten befürworten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0086/04 in seiner Sitzung am 07. 10. 2004 **abzulehnen**.

7.1.1. Städtepartnerschaften Vorlage: S0223/04

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

7.2. Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen Vorlage: A0025/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Als Gäste nehmen ebenfalls der Einbringer des Antrages sowie ein weiterer Vertreter des Jugendforums teil.

In seinen einführenden Erläuterungen verweist der Beigeordnete I Herr Platz auf die in der Stellungnahme der Verwaltung aufgezeigten Mitwirkungsmöglichkeiten, wie z.B. die Wahl von Jugendlichen als sachkundige Einwohner, wobei die hierfür erforderliche Initiative jedoch von den einzelnen Fraktionen ausgehen müsste. Er verweist auf die Bereitschaft der Verwaltung, diesen Ansatz, die Belange der Jugend bei einschlägigen Angelegenheiten, mit in die Hauptsatzung einzubauen. Zur Aufnahme eines diesbezüglichen Paragraphen in die Gemeindeordnung zur Beteiligung und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen liegt die Bereitschaftserklärung des Innenministeriums vor, sich hierfür verstärkt einzusetzen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, unterstützt die Auffassung, zur Verantwortlichkeit der einzelnen Fraktionen und informiert, dass seine Fraktion entsprechende Aktivitäten zur Einbeziehung von Jugendlichen in die Stadtratsarbeit unternimmt. Er spricht sich jedoch auch dafür aus, Prämissen zu setzen, für welche Belange und in welchen Bereichen die Einbeziehung des Jugendforums erfolgen soll. Ziel muss es sein, der Vielfalt im Meinungsbild der Jugendlichen der Stadt Magdeburg Rechnung zu tragen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, informiert über die Regularien und die Arbeit im Stadtschülerrat. Er sieht noch Handlungsbedarf hinsichtlich der praktischen Auslegung der Formulierung „... im Vorfeld ... gehört werden“ in der Stellungnahme der Verwaltung.

Hierzu führt der Beigeordnete I Herr Platz aus, dass diese Formulierung mit Bedacht ausgewählt wurde, da eine aktive Mitwirkung von Jugendlichen im Stadtrat bzw. in den Ausschüssen per Gesetz nicht gegeben ist. Bei Zustimmung des Stadtrates zur vorgeschlagenen Verfahrensweise wäre die Möglichkeit der Anhörung gegeben, wenn z.B. vor den Sitzungen der Ausschüsse entsprechende Abstimmungen mit den Jugendlichen geführt werden.

Hierzu wird durch Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, die Auffassung dargelegt, dass die Gemeindeordnung den Spielraum zulässt, dem Antrag des Jugendforums stattzugeben. Er schließt sich bezüglich der praktischen Umsetzung den Ausführungen des Beigeordneten I Herrn Platz an.

Von Stadtrat Dr. Kutschmann, BfM/Tierschutz, wird der Vorschlag unterbreitet, dass auch das Jugendforum mit der Stadtratsfraktion future/die jugendpartei die Zusammenarbeit suchen kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat den Antrag A0025/04 in seiner Sitzung am 07. 10. 2004 zu beschließen.

7.2.1. Rederecht des Jugendforums bei jugendrelevanten Themen Vorlage: S0181/04

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Andrea Behne
Vorsitzende/r

Büro f. Öffentlichkeitsarbeit /
Schriftführer/in